

Volks-Zeitung

mit Täglichem Familienblatt und Illustriertem Sonntagsblatt

Abend-Ausgabe

Erst erscheint zweimal; Sonntags nur morgens, Montags nur abends. Abonnementspreis für Berlin: 75 Pf. monatlich...

Haupt-Expedition: SW. Postamt Nr. 46/49. Expedition: W. L. Nr. 1031-1034. Filialen: Brunschw. 41, Rathenow 1...

Redaktion: Jerusalemstr. 46/49. Für unentgeltlich eingehende Manuskripte über keine der oben genannten Zeitschriften.

Chef-Redakteur: Carl Gollratz, Berlin W. Verlag: Druck. Rudolf Wöste, Berlin SW.

Altkhoff gegen Holle.

„Sitten“ für Holle.

Der frühere preussische Bismarckminister, der unter dem Namen eines Ministerialdirektors die Geschäfte des Kultusministeriums führte. Altkhoff, ist tot; Herr Holle aber ist immer noch am Leben. Es scheint festzustehen, daß er nicht wiederholt der Boden, darauf er stand, ist unterwühlt. Einer, der am liebsten unterwühlt hat, soll Herr — Altkhoff gewesen sein. Man liest darüber in den „Verl. Reisezeit. Nachrichten“:

Es war in unterrichteten Kreisen längst kein Geheimnis mehr, daß der verstorbenen Ministerialdirektor Altkhoff, der bei Herrn Gollés Ernennung zwar kein Amt, aber nicht seinen Einfluß an hoher Stelle verlor, keineswegs zu den Günstigen des neuen Ministers gehörte. Aber es wäre doch sehr falsch, die Ursache dafür zurückzuführen, daß Altkhoff ausgerechnet ein Opfer des Ministerwechsels geworden ist, obwohl er noch einige Monate vor dessen Eintritt höhere Ämter innehatte für sein Verbleiben im Amt zu haben glaubte. Und wenn sich diese Umstände doch bald hinterher als trügerisch erweisen, so war immerhin diese Enttäuung nicht die Ursache der wenig freundlichen Gesinnung Altkhoffs gegen den neuen Minister, denn eine Gegenarbeit aus getränktem Ehrgeiz lag seinem Wesen fern. Aber Altkhoff war nach dem Ausscheiden mit seinem Amt aus dem Bismarckministerium, das ihm sogar ein Stückchen Anerkennung von der Seite seines jähzornigen Nachfolgers nicht unmöglich machte. Bei dieser Ingeratlichkeit von seinem Beruf ist es begrifflich, wenn die mancherlei Irrungen, die das Kultusministerium in der Öffentlichkeit kompromittierten, Altkhoff's heftiges Temperament zu erregen, daß auch man ein hartes Wort der Kritik an einer Stelle vernommen wurde, von der das Sein oder die Sitten eines Ministers abhängt, daß Herr Dr. Holle an einem Tage ermahnen und daß in ihrer Wirkung der Stellung des Ministers verhängnisvoll werden mußten.

Es dürfte nicht uninteressant sein, eine dieser „Sitten“ näher kennen zu lernen, die für das System charakteristisch ist und dabei einer gewissen Romantik unterliegt. Bei einem Jubiläumstag des Ministers gab dem Kaiser ein kleines Märchen mit auf den Weg, eine französische Bürgerin für den Schulgrund, und knüpfte daran den Wunsch, daß etwas Ähnliches auch für die preussischen Schulen geschaffen würde. Als Herr Dr. Holle auf dem Heimwege das Wort nieder sprach, entwarf er einen Entwurf, der der Herkunft des Wunders wertig — sein eigenes Kultusministerium. Und ein Nachtrag des Ministers, welche ehemalige Erzieher bei Altkhoffen — Herr Altkhoff. Man hat verstanden, es habe den Minister bei solchen Anlässen das Gefühl befallen, ein Verleiber des Ministerialdirektors im Amt wäre doch ein geringeres Übel gewesen, als sein Ausscheiden. Und für dieses Gefühl wird man ein gewisses Verständnis haben können.

Aber auch noch ein Nachtrag, als Altkhoff es war, hat zu dem stillen Gedenken des neuen Kultusministers gehört, ein Mann, dessen Einfluß auf der Autokratie gerade, welche ehemalige Erzieher bei Altkhoffen selbst in reifen Jahren zu leisten pflegen. Auch er weilt nicht mehr unter den Lebenden. Aber die Tragik des Schicksals hat es gewollt, daß die Wirkungen des mangelnden Wohlwollens beider Männer in die Erscheinung traten, eine wichtige Tat des Kultusministers den fatalen Einbruch seiner ungenügenden Kraft auszulagern vermochte.

Zugleich arbeiten die Anhänger und Mitarbeiter des Herrn Schwab-Fopff darauf, ihn in die freiverdende politische Stelle hineinzuführen. Ob die Verbindungen der erhabenen Klasse, die Herrn Schwab-Fopff begünstigen, weit genug reichen, ihn den Weg zum Ministerposten zu bahnen, bleibt abzuwarten.

Die Hotelrente.

Auch ein Zeichen der Zeit.

Die Rentabilität der größeren Hotels hat im letzten Geschäftsjahre einen starken Rückgang erfahren. Fast nur die Geschäftsergebnisse im Beherbergungs- und Gastwirtschaftsgewerbe, das unter den Aktiengesellschaften hauptsächlich durch Hotels repräsentiert wird, für die ersten elf Monate 1908 zusammen, so erhalten wir für 45 Gesellschaften mit einem Aktienkapital von zusammen 53,45 Millionen Mark eine Dividende von 2,39 Millionen gegen 3,72 Millionen im Jahre zuvor.

Auf das Nominalkapital berechnet, beläuft sich die durchschnittliche Dividende auf nur 4,5 Prozent, während sie im Jahre zuvor 7,0 Prozent betragen hatte. Stark beeinflusst ist der Durchschnitt durch den Dividendenrückgang bei der Hotelbetriebs-Aktiengesellschaft Berlin, die auf ein Aktienkapital von 25 Millionen Mark 12,14 Prozent Dividende zur Verteilung brachte gegen 20 Prozent im Vorjahre. Ferner ist die Savoy-Hotel-Aktiengesellschaft in Berlin zu nennen, deren Geschäftsergebnisse ebenfalls zurückgegangen sind. Eine unangenehme Rentabilität wies auch die Berliner Hotelgesellschaft mit 6 Millionen Mark Aktienkapital auf; sie verteilte im letzten Geschäftsjahre gar keine Dividende, während sie im Vorjahre noch 4 Prozent verteilt hatte.

Ende es auch in der Hauptstadt die großen Berliner Hotels, die kleinere Betriebe erzielen als im Vorjahre, so haben doch auch in einigen anderen Großstädten die Hotels unangenehm abgenommen. So letzte zum Beispiel die Aktiengesellschaft Hotel Bellevue in Dresden mit einem Aktienkapital von 1,12 Millionen Mark ihre Dividende von 8 auf 6 Prozent herab. Außer bei den Gesellschaften, die eine geringere Dividende zur Verteilung brachten, haben die Geschäftsergebnisse bei einer Reihe Hotels noch infolgedessen weiter verschlechtert, als viele kleinere Gesellschaften, die im

vorletzten Geschäftsjahre einen kleinen Gewinn erzielten, aber keine Dividende verteilten, im letzten Geschäftsjahre mit mehr oder minder beträchtlichem Verlust gearbeitet haben.

König Eduard kommt nicht.

Der Wiener „Neuen Fr. Presse“ wird aus London gemeldet, daß die in Aussicht genommene Reise des englischen Königs Eduard nach Berlin als aufgegeben gelte. Eine Krankheit soll nicht in dem Gesundheitszustand des Königs, sondern in Berliner Verhältnissen liegen.

„A. Katholisches Feldartillerieregiment Erberger.“

Wir haben über verschiedene Fälle berichtet, in denen, namentlich im westlichen Deutschland, sich unter geistlichen Einflüssen katholische Unteroffiziervereine gebildet haben. Ihr Ruhm hat die evangelischen Genossen nicht lassen lassen; fast daß man diesen konfessionellen Spaltungsercheinungen entgegenarbeitet, hat sich namentlich zu allgemeinem Erfahren in Mainz ein evangelischer Unteroffizierverein konstituiert, der ganz ähnlich eingerichtet ist wie sein katholischer „Brüderverein“. Vor einigen Tagen hielt der neue Verein in dem vielbesprochenen Gasthof „Rothherd“ eine Abendunterhaltung mit Ball ab, in dem der protestantische Divisionspfarrer die Festrede hielt, die Musik wurde von einem Regiment mit obligatorischer Teilnahme geleitet. In dem Festabend wurden gedruckte Einladungen verbreitet, die besonders den Charakter der Vereinigung als „evangelisch“ betonten, und zwar geschah die Verbreitung unter den Augen des Offizierkorps!

Gegen die Maßregelung Rödel's.

Der Geschäftsführende Ausschuss des Deutschen Lehrervereins“ erstellte folgende Erklärung: „Der Geschäftsführende Ausschuss des Deutschen Lehrervereins hat mit tiefem Bedauern von der durch den großherzoglichen Oberkonsulent erfolgten Maßregelung des Oberlehrers W. Rödel in Mannheim Kenntnis genommen. Der Ausschuss dessen Mitglieder die Disziplinierungsbescheid des Herrn Rödel selbst gehört haben, kann das Urteil des großherzoglichen Oberkonsulenten, daß Herr Rödel das beamtliche Schulwesen „dem Wohl und der Mithandlung der aus ganz Deutschland und auch aus dem Ausland besuchten Lehrerverammlung“ ausgesetzt habe, nicht als zutreffend anerkennen. Ihm ist die Beurteilung des behafteten Schulwesens durch Herrn Rödel als eine auf genauer Kenntnis der Tatsachen beruhende sachmännliche Erörterung erschienen. Er kann auch den Vorwurf, daß Herr Rödel, alles, was an Punkten der heimischen Schulgeschichte hätte lauten und den Zweck der Versammlung haben können, „geistlich unterdrückt“ habe, nicht als berechtigt ansehen; die Diskussion einer pädagogischen Einseitigkeit in einer von Laien aus dem Lehrern besuchten Versammlung erfordert Beschränkung auf die unbedingt und zunächst zur Sache gehörigen Verhältnisse.“

Die Deutsche Lehrerverammlung ist nach Ansicht des Geschäftsführenden Ausschusses die geeignete Stelle, die Vorzüge und Mängel der Volksschule in den einzelnen deutschen Staaten zur Sprache zu bringen. Es dürfte demgegenüber von der Darlegung tatsächlicher Mängel der heimatischen Schulwesen an dieser Stelle keinem deutschen Volksschullehrer ein Wort zu sagen sein. Die Deutsche Lehrerverammlung würde über das Verbleiben von Lehrern nicht entscheiden, wenn sie nicht die fernstehenden Mitglieder des Deutschen Lehrervereins, wie es im Falle Rödel geschehen ist, dazu anregen würde.

Der Geschäftsführende Ausschuss des Deutschen Lehrervereins

bebauet deswegen, daß die Schulbehörde eines Staates, der in der Pflege und Entlohnung der Volksschule in anderer Beziehung in ausreifeinstimmiger Weise voranzugreifen ist, zur Maßregelung eines fernstehenden Lehrers sich hat entschließen können. Auch ähnliche Maßnahmen würde die öffentliche Erörterung von Erziehungs- und Bildungsfragen in großen Versammlungen überhaupt in Frage gestellt werden.“

Der preussische Staat als Verschwender.

Im Kapitel „altpreussische Sparmaßnahmen“ kann auch aus Raffel ein nicht uninteressanter Beitrag geliefert werden. Das neue Dienstwohngebäude des Oberlandesgerichtspräsidenten v. Hoffe, das kürzlich bezogen worden ist, hat mit dem Bauhau, der in einem der letzten Jahre des Wilhelms sich befand, rund 230.000 Mark gekostet, was bei der hohen Gehaltsbefreiung und den Gehältern, die die Stadt zahlt, einem jährlichen Mietbetrage von 12-13.000 Mark entspricht. Dabei hat der jetzige Bewohner des Hauses gar keine Verwendung für die vielen Räume und scheint, um die Nutzbarkeit solcher luxuriösen Dienstwohnungen darzutun, persönlich ein Sparsamkeit und nicht zu wollen, was der Staat verläumt. Die Anforderungen für die öffentlichen bestimmten Räume sind aber für den in Dunkel gestellt. Ein oder zwei bescheiden erleuchtete Zimmer vertragen, das das Haus bebaut ist. Die ganze Anlage ist eben eine solche, daß nur ein sehr wohlhabender Mann genaugen Gebrauch davon machen kann. Der Präsident würde aus eigenen Antrieben sicher nicht den dritten Teil der Summe als Wirt ausgeben, die Verzinsung und Unterhalt des Hauses den Steuerzahlern stellen.

Zerhan, 21. Dezember. Da es den Nationalisten nicht gelungen ist, auf die Mittelung um Wiederherstellung der Verfassung eine Antwort von Schab zu erlangen, nehmen sie nunmehr in den folgenden Wochen die Nationalisten zu. In der letzten Sitzung des Reichstages über die Nationalisten verhandelt.

Ein frommer Sünder.

Ein Unbekannter schickte einem Handwerksmeister in Grimmitzsch a. S. dieser Tage folgenden Brief: „Gehrer Herr H. Schide haben hier in Weimar 20 Pfennig für Ihnen früher entworfene Zuckervaren und bitte Sie um Verzeihung. Durch Gottes Gnade bin ich jetzt Eigentümer geworden, und da möchte ich, soweit ich kann, alles wieder gutmachen, was ich unrecht getan habe. H. H.“

Ob dieser fromme Sünder wohl auch das Geld zurückgeschickt hätte, wenn er das Opfer seiner hüben Gefühle um 20 Pfennig geschädigt hätte? 0,20 Mark — das ist eine ziemlich billige Zuckerbölgigkeit.

Der Sieg der französischen Sozialisten.

Nach einem Telegramm aus Paris beschäftigen sich die dortigenblätter fortwährend mit dem von den geachteten Sozialisten bei dem am Sonntag vorgenommene Kamererfahrungen erlangten Erfolge. Jaures schreibt in der „Humanité“:

Die vorgestiegenen Wahlergebnisse haben in der politischen und parlamentarischen Welt großen Eindruck hervorgerufen. Nach einstimmiger Anschauung ist dies der schwerste Schlag, den das Ministerium seit langem erlitten hat, und die erste Warnung, die es an Anderen beabsichtigten radikalen Partei erteilt wurde.

Das Debüt des Grafen Bernstorff.

Wie aus New-York berichtet wird, ist dort gestern der neue deutsche Botschafter für die Vereinigten Staaten, Graf Bernstorff, eingetroffen. Das erste, was der Nachfolger Graf v. Sternburg tat, war, daß er den bei seiner Landung anwesenden, kommunistischen „Generalen“, den Vertretern der amerikanischen Presse, eine lange Erklärung übermittelte, in der er sich über die guten Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten aussprach und es als sein vornehmstes Ziel bezeichnete, diese guten Beziehungen nach Kräften zu fördern. Der neue Botschafter schloß seine Erklärung mit den Worten:

Das neue Postkonnvent in Deutschland mit großer Genehmigung begrüßt worden, und wir hoffen, daß es zur Verstärkung des freundschaftlichen Verkehrs zwischen den beiden Völkern wird.

Gegen das Oberhaus.

Nach einem Telegramm aus London sagte der Kanzler der Schatzkammer, Lord George, in einer Rede in der Oberkammer über die Bewegung liberaler Maßregeln durch die Lords: Lord Lansdowne hätte sich eine persönliche Angelegenheit, die seit den Tagen Karls I. nicht beobachtet worden wäre. Die Not des Landes ist es zu einer gebietenden Notwendigkeit, daß der Streit mit den Lords zur Entscheidung gebracht werde. Lord-George betonte dann eingehend das Streben nach Liberalismus und sagte, daß das Wort der Steuern zu steuern, wollten die Liberalen ohne Befähigung der Industrie Steuern erheben. Sie möchten etwas tun, um das Land in die Gewalt des Volkes zu bringen. Die Mittelquellen des Landes wären durch das Feudalsystem zugestoren; er sehe sich nach dem Frühling, wenn es tate und das Volk die Erbschaft antrete.

Wie weiter aus London berichtet wird, hat der König von England eine Kommission ernannt, die die Verhältnisse annehmen, teils erst vorangehenden Entwurfe über die nötige Sicherung des repräsentativen Charakters der vom Volke erwählten Körperschaften prüfen soll.

Der Rixdorfer Wahlrechtsraub und der Mittelstand.

Der Rixdorfer Wahlkreis hat nicht bloß in der Sozialdemokratie, sondern vor allem auch bei den Angehörigen des Mittelstandes in Rixdorf eine tiefe Empörung nachgerufen. Das zeigte sich in der Wahlversammlung, die von dem sozialistischen Verein in Rixdorf abends nach der Versammlung in der Hermannstraße einberufen war. Das hohe Geistes der bürgerlichen Wahlrechtsverleumdung hätte sich schon vorher darin gezeigt, daß die Versammlung alle möglichen Hindernisse in den Weg gelegt wurden. So hatte man den Fernostern die Ankündigung der Versammlung an den öffentlichen Aufhängen unmöglich gemacht. Die Firma, in deren Händen das Rixdorfer Aufhängen monopolisiert ist und deren Inhaber einer der fünf „liberalen“ Wahlrechtsverleumdung ist, hatte den Aufhängen der Plakate wegen Raummangels abgelehnt. Eine weitere Behinderung, wenn man bekennt, daß die Rixdorfer Aufhängen umfangreicher als die Berliner und selten vollständig besetzt sind. Trotz des Fehlens der Zusammenkünfte war die gestrige Versammlung schon eine halbe Stunde vor der Öffnung schon besetzt überfüllt, das niemand mehr Einlaß finden konnte. In den Reihen waren die Wahlrechtsverleumdung ein Stühlen, um durch die geöffneten Türen die Reden zu hören.

Der Arbeiter, Dr. Rabot, stellte sich über den Gehalt der Rixdorfer Stadtverordnetenmehrheit. Diese Majorität, so führte er aus, hat das Jubiläum der Stadtverordneten auf eine ganz besondere Weise begangen. Der Gehalt hat als Werbungsangebot der Rixdorfer Bevölkerung die Ueberzeugung herbeigeführt, daß einem großen Teil dieser Bevölkerung das Wahlrecht verweigert wurde. Der Redner widerlegte dann die falschen Behauptungen, die das Rixdorfer Organ der bürgerlichen Stadtverordnetenmehrheit für die Wahlrechtsverleumdung angeführt hat. Da heißt es, die Wähler der zweiten Klasse hätten vielfach unter dem Zerkowismus der Sozialdemokratie zu leiden gehabt. Diese Behauptung ist um so lächerlicher, als viele Wähler dem „Sozialdemokratischen Zerkowismus“ ja um so mehr angelehrt werden, wenn man sie in die dritte Klasse zurückführt. In Wirklichkeit ist die für die bürgerliche